

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39
Telex: 6 88 846 pbbn d



Inhalt

Edelgard Bulmahn MdB fordert eine kritische Überprüfung der deutschen Weltraumprojekte: Keine Militarisierung des Weltraums mit Bonner Hilfe.

Seite 1

Dagmar Luuk MdB würdigt die Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Griechenland und Albanien: Ein wichtiger Schritt zur Normalisierung auf dem Balkan.

Seite 3

Prof. Dr. Hartmut Soell MdB analysiert die jüngste Entwicklung auf den Philippinen: Vom Dauerputsch zur Dauerschwäche?

Seite 4

Anke Martiny MdB plädiert für die Aufhebung der Zimmer-Normen im Sozialen Wohnungsbau: Die DIN-Norm 18011 endlich novellieren.

Seite 6

42. Jahrgang / 170

8. September 1987

Keine Militarisierung des Weltraums mit Bonner Hilfe

Eine kritische Überprüfung der deutschen Weltraumprojekte ist unabdingbar

Von Edelgard Bulmahn MdB

Mitglied im Ausschuß für Forschung und Technologie

Eine deutsche Beteiligung am COLUMBUS-Projekt darf es unter den sich bis jetzt abzeichnenden Rahmenbedingungen nicht geben. Die Bundesregierung muß gegenüber den USA unmißverständlich darauf dringen, daß klare und eindeutige vertragliche Regelungen über die Beteiligung an der geplanten Weltraumstation getroffen werden, die die ausschließlich friedliche Nutzung und den ungehinderten Technologietransfer sicherstellen. Als geradezu töricht und abenteuerlich sind in diesem Zusammenhang die Äußerungen des forschungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Christian Lenzer, zu werten, das Verteidigungsministerium an den Raumfahrtprojekten zu beteiligen. An dem ausschließlich friedlichen Zwecken dienenden deutschen Beitrag zur Raumfahrt darf es keinen Zweifel geben. Solange dies nicht gesichert ist, kann es keine deutsche Beteiligung am Columbus-Projekt geben. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen dürfen aber nicht dazu benutzt werden, aus nationalen Prestigeerwägungen ein Raumfahrtprogramm zu verabschieden, das zum einen fast die Hälfte des gesamten Forschungs- und Technologie-Haushaltes blockieren würde und zum anderen wesentlichen sachlichen und vernünftigen forschungs- und industriepolitischen Zielen zuwiderläuft.

Bevor aus Zeitdruck unüberlegt Programme formuliert und in Angriff genommen werden, deren tatsächliche Gesamtkosten einschließlich Steigerungsrate noch gar nicht abschätzbar sind, muß ein schlüs-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtung
zu wertvollen Rückfragen
Rezeptions-Punkt



siges Raumfahrtkonzept erarbeitet werden, das klare Prioritäten und eindeutige Ziele setzt. Forschung und Wirtschaft bedürfen verlässlicher und klarer Vorgaben über diejenigen Schlüsseltechnologien, die zielgerichtet für die zukünftigen Projekte entwickelt werden sollen. Da diese Projekte nahezu ausschließlich in internationaler Kooperation durchgeführt werden, muß zudem sichergestellt werden, daß die Bundesrepublik Deutschland entsprechend ihres wissenschaftlichen und technologischen Potentials daran beteiligt wird, und nicht andere Partner, wie etwa Frankreich, die technologisch interessanten Teile für sich reservieren.

Es ist unverantwortlich, Milliardenprojekte in Angriff zu nehmen, ohne daß geprüft worden ist, ob die damit verfolgten ökonomischen und technologischen Ziele sich nicht mit einem weit geringeren Mittelaufwand durch gezielten Einsatz auf der Erde erreichen lassen als auf dem Umweg über das All. Insbesondere die bemannte Weltraumfahrt ist angesichts der damit verbundenen Kosten und ihres mehr als fragwürdigen Nutzens in keiner Weise zu rechtfertigen. Dies beinhaltet keine Ablehnung von Weltraumforschung insgesamt. Jedoch sollte die Bundesregierung erst konkrete Ziele, die mit der Weltraumforschung verfolgt werden, festlegen, um danach Art und Umfang der Raumfahrt zu bestimmen, und nicht umgekehrt, wie es jetzt geschieht.

Die gesteigerten Aufwendungen für die Weltraumfahrt bergen angesichts des geringen Spielraums im Haushalt des BMFT die Gefahr in sich, daß Forschungsanstrengungen auf wichtigen Zukunftsfeldern wie in der Fertigungstechnik, der Informationstechnik, der Materialforschung, der Biotechnologie, der Erforschung erneuerbarer Energiequellen sowie umweltfreundlicher Produktionsverfahren unterbleiben und somit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährdet wird. Schließlich beeinträchtigt die Förderung der Weltraumaktivitäten die forschungspolitische Förderung der mittelständischen Wirtschaft, die zum einen wesentlich stärker als die wenigen von den Weltraumprojekten profitierenden Großkonzerne der internationalen Marktkonkurrenz ausgesetzt ist und zum anderen einen Großteil der zukunftssträchtigen Arbeitsplätze stellt. Die unreflektierte einseitige Förderung der Weltraumfahrt ist ein gefährlicher Wechsel für die deutsche Zukunft.

(-/8.9.1987/vo-he/rs)

* * *



Ein wichtiger Schritt zur Normalisierung auf dem Balkan

Athen hebt Kriegszustand mit Albanien auf

Von Dagmar Luuk MdB

Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe des Bundestages

Das griechische Parlament und Ministerpräsident Andreas Papandreu haben dieser Tage ein Zeichen gesetzt, das für die Normalisierung der Verhältnisse auf dem Balkan von erheblicher Bedeutung sein kann. Durch einen Beschluß der PASOK-Regierung wurde der formal noch bestehende Kriegszustand mit Albanien mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Dieser Kriegszustand war im Oktober 1940 verhängt worden, als italienische Truppen Griechenland aus dem vom faschistischen Italien annektierten Albanien heraus angegriffen hatten. 42 Jahre nach Kriegsende ist das Verhältnis des NATO-Mitglieds Griechenland zum kommunistischen Albanien formal endlich normalisiert; ob die Fülle der zwischen beiden Staaten bestehenden Probleme tatsächlich abgebaut werden kann, werden die jetzt anstehenden Regierungsverhandlungen erweisen.

Tirana zumindest hat fürs erste mit Genugtuung auf den Athener Beschluß reagiert, und der griechische Außenminister Karolos Papoulias weiß, daß er für seine bevorstehenden Gespräche die Rückendeckung der Vereinigten Staaten hat. Daß die konservative Opposition in Athen den Schritt der Regierung kritisiert, versteht sich beinahe von selbst. Indessen müssen sich die griechischen Konservativen den Vorwurf gefallen lassen, daß ihre Maximalforderungen gegenüber Albanien schlicht unerfüllbar waren und jede Normalisierungsbestrebung blockierten.

Bleibt festzuhalten, daß die Regierung in Athen bei ihrem jetzigen Schritt von dem einleuchtenden Standpunkt ausgegangen ist, daß die Beendigung des Kriegszustandes die entscheidende Voraussetzung dafür ist, positive Wirkungen für die hellenische Minderheit in Albanien zu erreichen. In Nordepirus wird die griechische Minderheit, die sich nationaler wie religiöser Verfolgung ausgesetzt sieht, auf bis zu 400.000 geschätzt.

In den anstehenden Verhandlungen wird es jetzt darum gehen, daß Tirana den Minderheitenrechten eine stärkere Beachtung schenkt und auswanderungswilligen Griechen die Ausreise gestattet. Ziel der Verhandlungen dürfte es ferner sein, einen kleinen Grenzverkehr zu ermöglichen, ein Postabkommen zu vereinbaren und Verträge über einen Kommunikationsaustausch zu schließen. Komplizierter dürfte er allerdings werden, wenn über die gegenseitig vorgebrachten finanziellen Wiedergutmachungsforderungen geredet wird, die sich in Milliarden-Höhe bewegen.

Dennoch - ein wichtiger Schritt ist vollzogen. Die griechische Regierung hat eine Entscheidung getroffen, die für die Stärkung der Menschenrechte auf dem Balkan von erheblicher Bedeutung sein kann, und sie hat diesen Schritt zu Recht gewagt; ohne Rücksicht auf die konservativen Bedenken-träger in Athen. Die Erfahrungen, die man mit einer solchen Politik gemacht hat, sind bei uns bekanntlich äußerst positiv - In Athen können sie ebenso positiv werden. (-/8.9.1987/vc-he/rs)

* * *



Vom Dauerputsch zur Dauerschwäche?

Eine Analyse der jüngsten Entwicklung auf den Philippinen

Von Prof. Dr. Hartmut Soell MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Der kürzlich erfolgte Putschversuch - der fünfte in 18 Monaten seit Beginn der Präsidentschaft von Corazon Aquino - hat erneut den Blick auf das südostasiatische Inselreich gelenkt, das, gemessen am Bildungsstand seines Sechzigmillionen-Volkes und hinsichtlich seiner natürlichen Ressourcen, zu den reichsten Völkern der Region gehören könnte.

Der vormalige Präsident Marcos und seine Clique haben durch die jahrzehntelange Plünderung des Landes dessen Entwicklungschancen aufs Schwerste beeinträchtigt. Blüht dem Land durch die Regierung von Corazon Aquino ein ähnliches Schicksal?

Die Antwort darauf fällt deshalb nicht leicht, weil das Land in seinem politischen und sozialökonomischen Leben bisher keine stabilen horizontalen Strukturen herausgebildet hat, die Voraussetzung jeder Analyse und Prognosefähigkeit sind. Die Beeinflussungs- und Machtmechanismen orientieren sich an Personen und Familien und deren Interessen. Nicht einmal die katholische Kirche ist davon völlig ausgenommen.

Auch die Bewegungen im links- und rechtsextremen Spektrum - die kommunistische „Neue Volksarmee“ und die putschenden Anhänger von Marcos und seines ehemaligen Verteidigungsministers Enrile (der diese Funktion wegen seines Beitrags zur Entmachtung von Marcos auch unter Corazon Aquino bis Ende 1986 beibehalten konnte) - sind mehr oder minder von solchen Verhaltensweisen geprägt. Der im Lande tief eingeschliffene Kult der Gewalt wird dadurch verstärkt und führt zu immer neuen Terroraktionen gegen Einzeln und kleine Gruppen, die zur Lähmung des politischen und sozialen Reformwillens beitragen.

Die kürzlich putschenden Offiziere und Soldaten gehören zu den „RAM-boys“ um den Obersten Gregorio Honasan, die sich zunächst in den letzten Jahren des Marcos-Regimes als Kritiker der Korruption und als Unterstützer beim Sturz von Marcos im Februar 1986 hervorgetan hatten.

Inzwischen sind sie erbitterte Feinde von Präsidentin Aquino geworden, der sie vorwerfen, einerseits zu „soft“ in der Bekämpfung der kommunistischen Guerilla zu sein, andererseits zu den, den eigenen Familienclan bevorzugenden Korruptionsmethoden der Marcos-Ära zurückzukehren. Auch das Gros der sich nicht am jüngsten Putsch beteiligenden Militärs teilt diese Kritik.

Rechtsextremistische US-Bürger wie der durch seine Unterstützung der antisandinistischen „Contras“ bekannte General im Ruhestand John Singlaub sind nach der Mitteilung des ehemaligen amerikanischen Justizministers Ramsay Clark dabei, die „antikommunistische Hysterie“ auf den Philippinen anzustacheln. Die Krise um die aktuelle Machtbehauptung ist noch nicht beendet, da ein Teil der Rebellen um Oberst Honasan nördlich von Manila zu Guerillaaktionen übergegangen ist.

II.

Die wichtigste Bewährungsprobe - nach der Einschätzung vieler Beobachter die „eigentliche Revolution“ - steht der Regierung Aquino noch bevor: die Landreform.



Auf dem Lande lebt der weitaus größere Teil der Bevölkerung, der unterhalb der Armutsgrenze (rund 50 bis 75 US-Dollar pro sechsköpfiger Familien im Monat) vegetiert. Das sind circa 70 Prozent der Gesamtbevölkerung, die Mehrheit ohne Landbesitz; deren wirtschaftliche Lage hat sich in den letzten Jahren noch erheblich verschlechtert. Rund 80 Prozent des bebaubaren Landes befindet sich in der Hand von 20 Prozent der Bevölkerung. In einigen Regionen, wie etwa auf der für ihre Zuckerproduktion bekannten Insel Negros, verfügen fünf Prozent der Bevölkerung über 50 Prozent der Anbaufläche. 90 Prozent der dortigen Ländarbeiter leben in völliger Armut und Abhängigkeit von den auf „Vorschuß“ gelieferten Nahrungsmitteln der Landbesitzer.

Die Latifundien sind aus dem feudalen Großbesitz der spanischen Kolonialzeit hervorgegangen. Auch die Familie von Präsidentin Aquino verfügt über Ländereien von 7.000 Hektar. Andere große Ländereien haben sich die Günstlinge des Marcos-Clans zusammengerafft und zu agrarischen Monokulturen umgebaut, deren Erträge von den internationalen Rohstoffbörsen abhängen.

Der Großbesitz und die von ihm teilweise organisierten Privatarmeen sind eines der Haupthindernisse jeder durchgreifenden Landreform. Ein anderes ist der Mangel an funktionierenden Agrarbanken sowie an Einkaufs- und Vermarktungsgenossenschaften. Die wenigen vorhandenen Kreditgenossenschaften sind meist im Korruptionssumpf der Marcos-Ära erstickt. Ohne den Aufbau dieser Infrastruktur führt jede Landverteilung ins Leere beziehungsweise zu Verhältnissen wie in den sechziger und frühen siebziger Jahren, als erste Ansätze der Landreform dadurch zunichte gemacht wurden, daß mutlos gewordene Kleinbauern das ihnen zugeteilte Land bald wieder den Großbesitzern verkauften.

Die Kosten für die Errichtung dieser Infrastruktur werden mindestens ebenso hoch sein wie die auf 2,9 Milliarden US-Dollar geschätzte Entschädigungssumme für die rund 3,8 Millionen Hektar, die nach den vorliegenden Gesetzesentwürfen zur Landreform demnächst umverteilt werden sollen. Die Regierung versucht, das Gros der Entschädigungen in Investitionen in Industrie und Handel umlenken zu können.

III.

Das Schicksal der Landreform und der gesamten wirtschaftlichen Erneuerung ist nicht nur durch den Dauer-Putsch der Militärs gefährdet, sondern auch durch den im Frühsommer '87 gewählten Kongreß, in dessen beiden Häusern die landbesitzenden Interessen starke Bastionen haben. Setzen sich diese Interessen erneut durch, werden sich die noch vorhandenen demokratischen und sozialen Entwicklungschancen auf die Alternative reduzieren: Militär-Junta oder Sieg der kommunistischen Volksermee.

Die Möglichkeiten eines Landes wie der Bundesrepublik, die Entwicklung dort positiv zu beeinflussen, sind sehr begrenzt. Aber es würde schon helfen, wenn die Bundesrepublik ihre bilaterale finanzielle und technische Hilfe wie auch ihre multilateralen Einflußmöglichkeiten (EG, Weltbank, Internationaler Währungsfonds) auf die ländlichen Regionen und deren Infrastruktur konzentrieren würde.

(-/8.9.1987/vo-he/rs)

* * *



Die Zimmer-Normen im Sozialen Wohnungsbau aufgeben

Die DIN-Norm 18011 muß endlich novelliert werden

Von Anke Mertiny MdB

Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Der Streit um die DIN-Norm 18011 dauert nun schon jahrelang. Es ist ein Streit, der wohlhabende Leute nicht betrifft, wohl aber Menschen, die gern in eine Sozialwohnung einziehen würden. Die DIN 18011 schreibt vor, wie groß ein Kinderzimmer zu sein hat: Nach der jetzt noch gültigen Norm 7,2 Quadratmeter für ein Einzelkind, zwölf Quadratmeter für zwei Kinder. Der Streit geht darum, daß der Einheitsgrundriß für die „Normfamilie“ des sozialen Wohnungsbaus - großes Wohnzimmer, erträgliche großes Elternschlafzimmer, winziges Kinderzimmer - zugunsten flexibler und variabel zu nutzender Grundrißformen aufgegeben wird.

Ein Zimmer für eine Person soll danach mindestens zehn Quadratmeter und eines für zwei Personen mindestens 16 Quadratmeter groß und unterteilbar sein. Damit soll die Norm berücksichtigen, was in der Gesellschaft gang und gäbe ist: familienähnliches Zusammenleben von sehr unterschiedlichen Bewohnergruppen, beispielsweise auch Berücksichtigung des Tatbestandes, daß ältere Menschen in einer Familie gepflegt werden.

Deshalb fordern die Verbraucher eine Nutzungsneutralität von Grundrissen, um eine Wohnung wechselnden Bedürfnissen anpassen zu können. Dies soll durch eine neue Norm gesichert sein, die in den Grundzügen auch erarbeitet ist. Ihrer Verabschiedung steht allerdings der Widerstand vor allem von den Länderbau- und Finanzministern entgegen, die fürchten, daß sich durch die neue Norm das Wohnen weiter verteuern könnte. Diesen Einwand halten die Verbraucher nicht für stichhaltig. Denn wenn die Gesamtquadratmeterzahl sich nicht erhöht, kann es den Länderbaubehörden doch gleichgültig sein, welche Raumaufteilung vorgesehen ist.

Der Verbraucherrat des Deutschen Instituts für Normung hat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, erneut aktiv zu werden, um die Verabschiedung einer novellierten DIN 18011 voranzutreiben.

(-/8.9.1987/vo-he/rs)

* * *

